

Warum die USA Venezuela ins Visier nehmen | Ben Norton

Warum eskaliert die USA immer wieder gegenüber Venezuela – über verschiedene Regierungen und politische Parteien hinweg? Journalist Ben Norton erklärt, wie Ölinteressen, politische Falken mit Sitz in Miami und Chinas Aufstieg in Lateinamerika die Politik Washingtons antreiben. Unterstütze unabhängige Medien, damit sie mutig bleiben: <https://patreon.com/IndiaGlobalLeft> Spendenlink: <https://paypal.me/sankymudiar> In diesem ausführlichen Interview analysiert der Journalist und geopolitische Analyst Ben Norton die jüngste Eskalation der USA gegen Venezuela und ordnet sie in die lange Geschichte der Interventionen Washingtons in Lateinamerika ein. Wir beginnen mit einer Untersuchung von Donald Trumps erneuter Druckausübung auf Venezuela und der Frage, warum die Vereinigten Staaten regelmäßig die Konfrontation mit linksgerichteten Regierungen in der Region verschärfen. Ben erklärt, wie diese Eskalationen eher mit imperialer Strategie, innenpolitischen Dynamiken und wirtschaftlichen Interessen zusammenhängen als mit tatsächlichen Sicherheitsbedenken. Ein zentraler Schwerpunkt des Gesprächs ist das mächtige Bündnis zwischen Ölinteressen und politischen Falken in Florida und Miami – und wie dieses Geflecht seit Jahrzehnten die US-Politik gegenüber Venezuela, Kuba und der gesamten Region prägt. Wir untersuchen außerdem, ob es tatsächlich eine Veränderung in der Rhetorik gegeben hat – von der Einstufung Venezuelas als „nationale Sicherheitsbedrohung“ unter Obama bis hin zu Drogenhandelsvorwürfen unter Trump – oder ob dies lediglich eine Fortsetzung der Regimewechselstrategie mit unterschiedlichen Begründungen darstellt. Abschließend analysiert Ben Norton, wie lateinamerikanische politische und wirtschaftliche Eliten die wachsenden Beziehungen der Region zu China sehen und warum Pekings zunehmende Rolle in Washington Besorgnis auslöst. Was bedeutet Chinas Präsenz für die US-Vorherrschaft in der westlichen Hemisphäre, und wie spielt sie in den zu

#Mudiar

Hallo und willkommen zu einer weiteren Folge von „India and Global Left“. Wenn Sie neu bei der Sendung sind, klicken Sie bitte auf den Abonnieren-Button. Erwägen Sie außerdem, YouTube-Mitglied oder Patreon-Unterstützer zu werden oder einen kleinen Betrag über den Link in der Beschreibung zu spenden. Lassen Sie mich unseren heutigen Gast vorstellen: Ben Norton. Ben ist ein unabhängiger Journalist und geopolitischer Analyst, bekannt für seine tiefgehende Berichterstattung über die US-Außenpolitik und globale Machtverschiebungen. Er hat sich intensiv mit Sanktionen gegen Lateinamerika und Regimewechsel-Operationen beschäftigt und diese in den breiteren Kontext des US-Niedergangs, der Multipolarität und des Aufstiegs Chinas eingeordnet. Seine Arbeit stellt regelmäßig die gängigen Narrative in Frage, indem sie politische Ökonomie, imperiale Strategien und Perspektiven des Globalen Südens in den Vordergrund rückt. Ben, willkommen zurück bei „India and Global Left“.

#Ben

Danke, dass ich hier sein darf. Es ist immer eine Freude, hier zu sein.

#Mudiar

Ich wollte mit Venezuela beginnen und die jüngste – nun ja, seit fast einem Jahr andauernde – Eskalation der USA dort verstehen. Eine allgemeine Frage für Menschen, die sich mit Geopolitik beschäftigen, ist zu begreifen, insbesondere in der US-Außenpolitik, warum und wann US-Regierungen sich entscheiden, gegen ein bestimmtes Land zu eskalieren. Angesichts der jüngsten Eskalation gegen Venezuela wollte ich Sie daher, als Kenner der lateinamerikanischen Geschichte und Politik, fragen, wie Sie die Gründe für die US-Eskalation gegen Venezuela, insbesondere in den letzten zehn Monaten, konzeptualisieren würden.

#Ben

Ja, gute Frage. Ich beginne mit einer sehr allgemeinen Antwort, in der ich die Hauptpunkte anspreche, und dann können wir auf jeden einzelnen im Detail eingehen. Zunächst hofft die USA – insbesondere jetzt, da Marco Rubio Außenminister und Nationaler Sicherheitsberater ist –, dass sie, wenn ihr ein Regimewechsel in Venezuela gelingt, einen Dominoeffekt auslösen kann, der es ihr ermöglicht, die linken Regierungen in Nicaragua und Kuba zu stürzen und ihre Hegemonie über die gesamte Region wiederherzustellen. Das hängt mit einem weiteren Thema zusammen: Die Trump-Regierung hat in ihrer nationalen Sicherheitsstrategie für 2025 deutlich gemacht, dass die USA versuchen, ihre Hegemonie über die gesamte westliche Hemisphäre erneut zu behaupten, indem sie die 200 Jahre alte koloniale Monroe-Doktrin mit dem, was sie die Trump-Korollar zu dieser Doktrin nennt, wiederbelebt.

Und die USA sagen ganz deutlich, dass sie Chinas Beziehungen zur Region abbrechen wollen. Daher versuchen die USA, dort alle unabhängigen Regierungen zu beseitigen, insbesondere die linken – vor allem jene, die China und in geringerem Maße Russland und Iran nahestehen. Natürlich ist Venezuela eng mit China, Russland und Iran verbündet. Die USA hoffen, dass sie, wenn es ihnen gelingt, die venezolanische Regierung zu stürzen und anschließend auch die Regierungen in Nicaragua und Kuba, rechte, proamerikanische Regime einsetzen können. Diese neuen Regierungen würden dann die Beziehungen zu China, Russland und Iran abbrechen. Außerdem unterstützen die USA derzeit sehr stark die rechten, proamerikanischen Regierungen in Chile.

Darüber können wir sprechen. Ich meine, es gibt in Chile einen rechtsextremen Pinochet-Anhänger, und in Argentinien, natürlich auch in Peru und Ecuador. In den meisten Ländern Lateinamerikas gibt es derzeit proamerikanische, rechtsgerichtete Regierungen. Die beiden großen verbleibenden Ziele der USA sind Brasilien und Kolumbien. Mexiko ist ein Sonderfall – darüber können wir gesondert sprechen – aber Brasilien unter Lula und Kolumbien unter Gustavo Petro, und in Kolumbien steht dieses Jahr eine Wahl an. Man kann also sicher sein, dass Kolumbien ebenfalls stärker ins Visier der

USA geraten wird. Das ist der geopolitische Aspekt. Ein weiterer wichtiger Faktor sind natürlich die natürlichen Ressourcen.

Venezuela verfügt über die größten Erdölreserven der Welt, und Trump hat sehr deutlich gemacht, dass er Venezuelas natürliche Ressourcen ausbeuten will. US-Unternehmen, insbesondere ExxonMobil, haben sich stark bemüht, Zugang zu Venezuelas Öl zu erhalten. Seit 2007, als der revolutionäre ehemalige Präsident Venezuelas, Hugo Chávez, die Ölindustrie vollständig verstaatlichte, zwang er ausländische Unternehmen zum Rückzug, die sich weigerten, PDVSA, dem staatlichen Unternehmen, eine Mehrheitsbeteiligung an allen Projekten zu überlassen. Doch es geht nicht nur um Öl. Trump hat sogar gesagt, dass die USA Venezuelas Öl besitzen – das hat er sehr klar zum Ausdruck gebracht.

Er sagte, dass das venezolanische Öl jenen US-Unternehmen gehöre, die vor der vollständigen Verstaatlichung Konzessionen besaßen, was eine Art koloniale Rhetorik sei. Er sagte außerdem, er wolle die Kontrolle über venezolanisches Land übernehmen. Doch es gibt auch andere Ressourcen, und damit kommt man zu einem weiteren Thema, das mit der nationalen Sicherheitsstrategie zusammenhängt. Die USA sind verzweifelt bemüht, eine neue Lieferkette aufzubauen, während sie sich auf einen möglichen zukünftigen Konflikt mit China vorbereiten. Das Repräsentantenhaus hat einen Ausschuss zu China, der äußerst konfrontativ eingestellt ist, und dieser hat einen Bericht erstellt, in dem Ideen zur Schaffung einer neuen Lieferkette diskutiert werden, da China diese dominiert – insbesondere bei kritischen Mineralien.

Was die USA zu tun versuchen – nicht nur gemäß der Nationalen Sicherheitsstrategie, sondern auch laut diesem Bericht über eine neue Lieferkette für kritische Mineralien, der vom US-Repräsentantenhaus-Ausschuss für China verfasst wurde – ist, vorzuschlagen, dass Lateinamerika und die westliche Hemisphäre insgesamt zum neuen Standort einer umfassenden Lieferkette werden sollen, insbesondere für kritische Mineralien. Venezuela verfügt über viele bekannte Vorkommen kritischer Mineralien, einschließlich Seltenerdmetalle. Und übrigens ist auch Grönland dafür bekannt, viele wichtige kritische Mineralien und Seltenerdmetalle zu besitzen.

Trump will Grönland aus diesen Gründen kolonisieren und dort weitere Militärbasen errichten, da der Klimawandel einen Teil des arktischen Eises schmelzen lässt und es Schiffen erleichtert, durch die Region zu fahren. Die USA wollen also die Arktis militarisieren und verhindern, dass China und Russland sie nicht nur für den Handel, sondern auch für militärische Zwecke nutzen. All diese Themen hängen miteinander zusammen. Venezuela ist gewissermaßen der Hauptgewinn. Und schließlich gibt es neben all diesen Faktoren auch die Tatsache, dass Venezuela ein wichtiges politisches Symbol des Widerstands gegen den US-Imperialismus gewesen ist.

Wenn man auf die Wahl von Hugo Chávez im Jahr 1999 zurückblickt, als er Präsident wurde, leitete er die Bolivarische Revolution ein. Für Menschen, die vielleicht verwirrt sind: Das bezieht sich nicht auf das Land Bolivien, sondern auf Simón Bolívar, den revolutionären General, der erfolgreich die Unabhängigkeitsbewegung gegen den spanischen Kolonialismus anführte. Bolívar schrieb

bekanntlich, dass die Vereinigten Staaten in gewisser Weise das Spanische Imperium ersetzten. Er sagte sinngemäß, dass die USA Lateinamerika im Namen der Freiheit ins Verderben stürzen würden – indem sie die Rhetorik der Freiheit und ähnliches verwendeten – während sie in Wirklichkeit Lateinamerika in eine neue koloniale Einflussosphäre verwandelten, ähnlich wie es das Spanische Imperium zuvor getan hatte.

Die Revolution Venezuelas war schon immer ein Symbol des Ant imperialismus und des Widerstands gegen die US-Hegemonie. Venezuela war nicht nur ein wichtiger Partner Chinas, Russlands und des Iran – der Haupt-„Schreckgespenster“ der USA –, sondern war darüber hinaus eine treibende Kraft hinter der Integration Lateinamerikas und der Karibik als eigenständiger Pol in dieser multipolaren Welt. So war Venezuela beispielsweise einer der Mitbegründer und ein starker Befürworter der Gründung der CELAC, der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten, die als Alternative zur von den USA dominierten Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) mit Sitz in Washington geschaffen wurde.

Und CELAC ist zu einem sehr wichtigen regionalen Gremium geworden, das trotz vieler rechtsgerichteter Regierungen und Putsche in der Region weiterhin eine starke Kraft geblieben ist – im Gegensatz zu einer anderen Organisation, die ebenfalls von Chávez und Fidel Castro in Kuba mitbegründet wurde: der ALBA, der Bolivarischen Allianz für die Völker Unseres Amerikas. Der vollständige Name enthält auch „TCP“, was für „Handelsvertrag für die Völker“ steht – im Gegensatz zu einem für Konzerne. ALBA war also ein sehr revolutionärer Versuch, ein wirtschaftliches Bündnis zu schaffen. CELAC ist ein politisches Bündnis der Länder der Region, um ihre gemeinsamen Probleme anzugehen – gewissermaßen wie eine AU, also eine Art Afrikanische Union. Es ist nicht genau dasselbe, aber vergleichbar. Während ALBA ein wirtschaftliches Bündnis ist, das darauf abzielte, den regionalen Handel in Lateinamerika zu vertiefen und die Abhängigkeit vom US-Dollar zu verringern.

Das ist etwas, das Venezuela seit über 20 Jahren zu erreichen versucht. Von Beginn der Bolivarischen Revolution an verstand Venezuela die Macht des Öls als eine Art Werkzeug für die Entwicklung des Globalen Südens. Und das geht tatsächlich bis in die 1970er Jahre zurück, als Öl vom Globalen Süden als potenzielle antiimperialistische Waffe gegen den vom Westen unter Führung der USA gesehen wurde, der damals noch stark von Ölimporten abhängig war. Die Situation hat sich heute stark verändert, da die USA nun der weltweit größte Produzent und Exporteur von Erdöl und Erdgas sind – hauptsächlich aufgrund des Schieferölbooms und des Frackings.

Aber man kann bis in die 1970er Jahre zurückgehen, als die OPEC, zumindest in ihren Anfangstagen, die Idee verfolgte, Öl als Kartell zu nutzen, um Renten vom Globalen Norden zu extrahieren – von jenem imperialen Kern, der den Globalen Süden so lange ausgebeutet hatte. Und Venezuela versuchte, zumindest unter Chávez, diese Idee wiederzubeleben. Es war nicht besonders erfolgreich, aber sie erzielten einige Erfolge, bevor die konterrevolutionäre Welle in Lateinamerika einsetzte.

ALBA war ebenfalls ein Versuch, eine neue lateinamerikanische Währung zu schaffen. Sie schufen tatsächlich eine, den Sucre. Sie hielt jedoch nicht sehr lange, aber Ecuador war unter dem linksgerichteten Präsidenten Rafael Correa ein wichtiger Unterstützer – bis er die Macht verlor.

Wie auch immer, der Punkt ist, dass Venezuela wirklich ein großer Dorn im Auge des US-Imperiums gewesen ist. Und die Trump-Regierung glaubt – insbesondere Marco Rubio –, dass sie, wenn es ihr gelingt, die venezolanische Regierung zu stürzen und ein gefügiges rechtsgerichtetes Regime einzusetzen, zunächst alle natürlichen Ressourcen Venezuelas privatisieren und an US-Konzerne verkaufen würde. Und María Corina Machado, die sozusagen die wichtigste von den USA unterstützte Oppositionskraft hier ist – nun, sie war in Venezuela, aber jetzt ist sie im Ausland. Sie ist gegangen. Doch Machado wird seit über 20 Jahren von den USA unterstützt. Ihre Organisationen wurden von der CIA über das National Endowment for Democracy finanziert.

Sie repräsentiert die extremste Strömung der rechten Oppositionskräfte, und sie hat sehr deutlich gesagt, dass sie eine umfassende Privatisierung durchführen will. Sie behauptete – sie versprach –, dass dies Vermögenswerte im Wert von etwa 1,7 Billionen Dollar betreffen würde, die verkauft werden sollen. Viele Menschen haben infrage gestellt, was genau diese Vermögenswerte sein sollen – also, woher sie diese Zahl überhaupt nimmt. Aber sie hat wiederholt von 1,7 Billionen Dollar an Vermögenswerten gesprochen, darunter nicht nur Öl, Gas, Gold und andere Mineralien, sondern auch Grundstücke für Luxusimmobilien in Touristengebieten und Ähnliches. Sie will alles privatisieren. Ich meine, sie ist eine Anhängerin von Ayn Rand.

Ich habe viel über Machado recherchiert. Sie hat einige libertär orientierte Artikel geschrieben. Sie hat sogar eine Einleitung zu einem libertären Buch verfasst und ähnliche Dinge. Ich meine, sie ist eine sehr ideologische Neoliberaler, ähnlich wie Javier Milei in Argentinien. Die USA würden sie natürlich gerne an der Macht sehen. Aber auch geopolitisch ist die Idee, dass, wenn Venezuela ein stark proamerikanisches Regime hätte, China, Russland und Iran aus der Region isoliert würden. Es wäre außerdem ein wichtiger Ausgangspunkt, um Nicaragua und Kuba zu destabilisieren und im Grunde die gesamte Region in eine Art US-amerikanische Einflusssphäre zu verwandeln. Das ist im Grunde der Traum von Leuten wie Marco Rubio. Er hat seine gesamte Karriere diesem Ziel gewidmet und ist offensichtlich die treibende Kraft dahinter. Ich versuche in keiner Weise, Trump von Verantwortung freizusprechen.

Trump ist natürlich bei all dem mit an Bord. Aber wir wissen alle, dass Trump sich nicht besonders viele Gedanken über Außenpolitik macht. Ich meine, er ist auch ein Kriegsverbrecher. Er hat diese absurde Rhetorik, er sei ein „Friedenspräsident“. Dabei hat er als Präsident zehn Länder bombardiert. Und tatsächlich – ich will Joe Biden in keiner Weise freisprechen, der ebenfalls ein schrecklicher Kriegsverbrecher ist – aber Trump hat in seinem ersten Jahr mehr Länder bombardiert, als Biden in all seinen vier Jahren. Noch einmal, ich spreche Biden nicht frei, aber die Vorstellung, dass Trump irgendeine Art von Friedenspräsident sei, ist absurd. Es ist lächerlich. Er ist ein

Kriegstreiber und Imperialist, besonders jetzt, wo Marco Rubio gewissermaßen die Führung übernimmt. Für Rubio ist das ein ideologischer Kreuzzug, und er glaubt wirklich, dass er es schaffen kann.

#Mudiar

Ich wollte zwei der drei von Ihnen genannten Säulen oder Gründe herausgreifen: das geopolitische Interesse der USA an einem Regimewechsel und der Dominanz in der Region sowie die Ressourceninteressen US-amerikanischer Konzerne – und dann den Widerstand. Ich möchte beim Thema Widerstand kurz innehalten, weil ich später darauf zurückkommen werde. Aber könnten Sie uns Ihre Gedanken zur Beziehung zwischen dem politisch-geopolitischen Ansatz à la Marco Rubio gegenüber Venezuela und Kuba in der Region und dem Ansatz sowie den Interessen der von Ihnen zuvor erwähnten US-Konzerne wie ExxonMobil erläutern, insbesondere in Bezug auf deren Bereitschaft, in Venezuela freier auf Ressourcen zuzugreifen?

Ich denke auch an Chevron. Das Unternehmen hat bereits großen Einfluss in, ähm, Venezuela. Tatsächlich gibt es in Venezuela einen Teil der Linken – hauptsächlich die anti-Maduro-Linke –, bei dem, na ja, darüber gestritten wird, ob sie überhaupt wirklich links ist oder nicht – darauf will ich jetzt nicht näher eingehen –, aber es gibt in Venezuela eine Debatte über das Ausmaß der Privatisierung und über die Beziehung zu US-Konzernen wie Chevron oder anderen privaten Interessen. Meine Frage ist also: Was ist die Verbindung zwischen den wirtschaftlichen Interessen der US-Konzerne und den politischen Falken in Florida und den USA? Wie hängen diese beiden miteinander zusammen?

#Ben

Das ist eine sehr interessante Frage, denn man könnte eigentlich denken, dass die Falken in Florida und Miami mit den Ölkonzernen unter einer Decke stecken. Tatsächlich wollen jedoch einige von ihnen nicht, dass die Ölkonzerne in Venezuela tätig sind, weil sie das Land weiter isolieren und wirtschaftlich erdrosseln wollen. Manche sind sogar verärgert darüber, dass Chevron dort operieren darf, weil sie das als ein Zugeständnis der USA sehen, das Venezuela etwas Luft zum Atmen verschafft – was übrigens gar nicht so falsch ist. Sie wollen eine vollständige wirtschaftliche Erstickung. Lassen Sie mich das erklären: Es ist ein wenig komplex, ein wenig nuanciert.

Also, zunächst einmal werden wir über die sogenannte linke Opposition sprechen. Ich war viele Male in Venezuela. Ich spreche fließend Spanisch und kenne dort viele Menschen. Die sogenannte linke Opposition ist absolut winzig – völlig irrelevant. Selbst online sind sie im Grunde bedeutungslos. Ich meine, das ist einfach ein Witz. Allein die Tatsache, dass sie überhaupt Aufmerksamkeit bekommen, ist ein Witz. Niemand im Land spricht tatsächlich über sie; sie sind irrelevant. Was nun die Frage betrifft, warum die venezolanische Regierung einige dieser Zugeständnisse gemacht hat – das ist ziemlich offensichtlich. Man kann ideologisch nur bis zu einem gewissen Punkt gehen, wenn man, erstens, unter einer vollständigen Blockade steht – was in Venezuela der Fall ist, da das Land seit

2019 offiziell unter einer wirtschaftlichen Blockade steht, nachdem Trump ein Wirtschaftsembargo gegen Venezuela verhängt hat.

Und jetzt handelt es sich nicht nur um eine wirtschaftliche Blockade, wie die Kuba-Blockade, sondern tatsächlich um eine vollständige Seeblockade – eine militärische Blockade. Das US-Militär versucht physisch zu verhindern, dass Venezuela sein Öl exportiert, mit Ausnahme von Chevron. Auf die Chevron-Frage kommen wir noch zu sprechen. Venezuela ist seit über hundert Jahren ein Petro-Staat – lange bevor Hugo Chávez überhaupt geboren wurde. Doch während des größten Teils der venezolanischen Geschichte gingen die Erlöse aus diesen Öleinnahmen an eine kleine Handvoll Eliten in Venezuela und natürlich an ausländische Unternehmen, vor allem an US-Konzerne.

Also, Chávez – ich meine, einige Leute weisen darauf hin, dass technisch gesehen 1976 unter dem damaligen Präsidenten Carlos Andrés Pérez, oder CAP, Venezuelas Öl verfassungsmäßig verstaatlicht wurde. Aber das war eher eine Formalität, und es wurden immer große Zugeständnisse an US-Unternehmen gemacht, die Mehrheitsbeteiligungen an vielen Projekten hielten. Es war also keine wirkliche Verstaatlichung. Anfangs war man stärker dazu verpflichtet, aber dann, besonders in der neoliberalen Ära – in den 1980er- und 1990er-Jahren – sahen wir viele Zugeständnisse, sehr weitreichende Zugeständnisse, bei denen US-Unternehmen Mehrheitsanteile erhielten.

Als Chávez 1999 an die Macht kam und dann 2006 die Industrie vollständig verstaatlichte, hat er technisch gesehen nicht alle Unternehmen hinausgeworfen. Die Politik war – nun ja, faktisch war es ein Rauswurf –, aber offiziell besagte die vollständige Verstaatlichung unter Chávez im Jahr 2006, dass ausländische Unternehmen nur dann weiter tätig sein durften, wenn sie eine Minderheitsbeteiligung akzeptierten, bei der ihre Gewinnspannen sehr gering ausfallen würden. Sie erhielten also kaum etwas von den Öleinnahmen, und das staatliche Unternehmen PDVSA musste in allen Ölprojekten die Mehrheitsbeteiligung halten. Das führte dazu, dass praktisch alle diese Unternehmen freiwillig gingen, weil es für sie nicht mehr rentabel war. Wenn wir nun zu Maduro zurückkehren: Die US-Regierung begann 2015, unter Obama, tatsächlich Sanktionen gegen Venezuela zu verhängen.

Hugo Chávez starb 2013 unter seltsamen Umständen, und danach gewann Maduro die Wahl. Unmittelbar darauf unterstützten die USA weitere Putschversuche. Man kann bis ins Jahr 2002 zurückgehen, als die USA im April jenes Jahres den ersten Putschversuch unterstützten, der Präsident Chávez, den demokratisch gewählten Führer, kurzzeitig stürzte. Die USA versuchten, diesen rechtsgerichteten Multimillionär und Oligarchen Pedro Carmona, der in keiner Weise gewählt war, an die Macht zu bringen – ihn anzuerkennen. Es war ein völlig offener, geradezu dreister Putsch, und er scheiterte. Doch es gab viele weitere Putschversuche.

Chávez starb, Maduro gewann die Wahl, und dann behauptete der von den USA unterstützte Oppositionspolitiker Enrique Capriles, es habe Wahlbetrug gegeben, woraufhin die USA 2014 versuchten, einen Putschversuch zu unterstützen. Damals tauchten die berühmten Guarimbas auf – diese Blockaden, diese sehr gewalttätigen Barrikaden, bei denen Chavistas getötet wurden und ...

wie auch immer, das war der erste von vielen Putschversuchen unter Maduro. Das war also der erste destabilisierende Faktor. Dann brach der Ölpreis aus verschiedenen Gründen ein, über die wir sprechen können. Es war ein sehr komplexer geopolitischer Moment. Man sah auch, wie Russland die Krim wieder in Russland eingliederte – du weißt schon, diese berühmte Annexion der Krim, über die die Ukraine spricht und so weiter. Es ist eine sehr komplizierte Geschichte.

Wir haben keine Zeit, um auf den von den USA unterstützten Putsch in der Ukraine einzugehen. Jedenfalls reagierten die USA darauf, indem sie sehr harte Sanktionen gegen Russland verhängten. Die Obama-Regierung versuchte außerdem, Druck auf den Iran auszuüben, damit dieser für das JCPOA, das iranische Atomabkommen, an den Verhandlungstisch kam. Und dann gab es natürlich noch den Putschversuch in Brasilien, der darauf abzielte, Dilma Rousseff mit von den USA unterstützten Protesten zu destabilisieren. Es war also eine Art perfekter Sturm. Laut Berichten von Reuters schickte die Obama-Regierung Kerry, der damals Außenminister war, nach Saudi-Arabien. Das war während des Krieges in Syrien. Die USA schlossen ein Abkommen mit Saudi-Arabien – Saudi-Arabien stimmte zu, die Ölproduktion massiv zu erhöhen, was den Ölpreis zum Einsturz brachte.

Der Grund, warum Saudi-Arabien dies tun konnte, war, dass es Geld verlor, aber Saudi Aramco, das staatliche Ölunternehmen, nutzte es als geopolitisches Instrument. Im Gegenzug stimmte die US-Regierung zu, den dschihadistischen Extremisten in Syrien mehr Unterstützung zu gewähren, um Saudi-Arabien dabei zu helfen, die Regierung von Baschar al-Assad zu destabilisieren. Es gibt hier mehrere Faktoren, aber das ist im Grunde der Beginn des extremen Wirtschaftskriegs gegen Venezuela – eine Art Strategie der verbrannten Erde, um das Land zu zerstören. Die Tatsache, dass die venezolanische Regierung 11, inzwischen 12 Jahre dieses Wirtschaftskriegs überlebt hat, ist sehr beeindruckend. Sie zeugt von der breiten Unterstützung, die trotz der extremen wirtschaftlichen Notlage weiterhin unter den armen und arbeitenden Venezolanern besteht.

Ich meine, ich habe die brutale Inflation gesehen – die schlimmste Inflation, die ich in meinem ganzen Leben erlebt habe. Völlig verrückt. Dass die Regierung überlebt hat, ist ein Beweis dafür, dass es immer noch eine gewisse Unterstützung in der Bevölkerung gibt. Nun, um auf die Frage der Ölkonzessionen zurückzukommen: Der Grund, warum ich über diese Geschichte spreche, ist, dass es diese absurd vereinfachte Erzählung gibt, die wir immer wieder hören – dass Venezuela wegen des Sozialismus zusammengebrochen sei, bla, bla, bla. Das ist völliger Unsinn. Die venezolanische Wirtschaft ist abgestürzt – es war eine wirklich schwierige Zeit – aber sie hat sich wieder erholt. Tatsächlich hat Venezuela jetzt die am schnellsten wachsende Wirtschaft in Lateinamerika, wenn man Guyana ausnimmt, das ein ganz besonderer Fall ist, weil Guyana zu einem riesigen ölproduzierenden Land geworden ist, an dem US-Konzerne stark beteiligt sind.

Ich meine, es gibt ein starkes Wachstum in Guyana, aber Guyana profitiert davon eigentlich kaum, weil es sehr ungünstige Vereinbarungen gibt, bei denen US-Ölkonzerne enorme Gewinne machen und Guyanas Öl ausbeuten. Das ist ein Sonderfall. Venezuela hat derzeit tatsächlich die am schnellsten wachsende Wirtschaft in der Region, weil es sich erholt hat – nun ja, bis zur Seeblockade. Damit kommen wir zu den Zugeständnissen, die unter Maduro gemacht wurden. Ein

weiterer sehr wichtiger Aspekt dieser Blockade und der Sanktionen ist, dass sie Venezuela zunächst daran hinderten, Öl in die USA zu exportieren – ironischerweise war die USA zuvor der wichtigste Abnehmer venezolanischen Öls.

Venezuela ist seit hundert Jahren ein Petro-Staat. Stell dir vor, Saudi-Arabien stünde unter brutalen Sanktionen und einer wirtschaftlichen Blockade und könnte kein Öl exportieren – das saudische Regime würde wahrscheinlich innerhalb weniger Wochen zusammenbrechen. Ich meine, es würde nicht überleben. Venezuela hingegen hat es geschafft zu überleben, obwohl die USA sein größter Handelspartner waren. Jetzt ist China zum größten Importeur von venezolanischem Öl geworden, und das war eine Rettung. China kümmert sich nicht um diese illegalen, einseitigen US-Sanktionen – es importiert mehr als 80 Prozent des venezolanischen Öls. Allerdings gibt es noch einige andere Probleme.

Erstens hat Venezuela sehr schweres Rohöl, das daher raffiniert werden muss. Venezuelas wichtigste Raffineriegesellschaft heißt Citgo, und ihr Raffineriezug hatte seinen Sitz in den Vereinigten Staaten – was im Rückblick eine verrückte Idee war. Doch damals dachte niemand, dass die USA zu solch extremen Formen der Piraterie greifen würden, indem sie buchstäblich ein milliardenschweres Unternehmen beschlagnahmten, das einer ausländischen Regierung gehörte. Aber genau das taten die USA. Im Jahr 2019, während Trumps Putschversuch, beschlagnahmten die Vereinigten Staaten Citgo, das wichtigste staatliche Ölraffinerieunternehmen und das bedeutendste ausländische Vermögen Venezuelas.

Dann wurde es für Venezuela äußerst schwierig, sein Schweröl zu raffinieren. Venezuela musste außerdem leichtere Rohöle – sogenanntes „Süßöl“ – und Chemikalien wie etwa Naphtha importieren, die für die inländische Raffinierung und Verarbeitung dieses Schweröls erforderlich sind. Man kann es nicht einfach so verwenden, denn Venezuela verfügt über eines der schwersten Rohöle der Welt. Es ist sehr schwierig zu verarbeiten. Aufgrund der US-Blockade war Venezuela nicht in der Lage, den größten Teil davon zu importieren, und stellte auch keines davon im eigenen Land her. Hinzu kommt der technologische Faktor, an den viele nicht denken. Ja, Venezuela hat seine Ölindustrie verstaatlicht, aber es verfügt nicht über Ingenieurunternehmen, die die Infrastruktur für die Ölförderung entwickeln.

Dies ist eine sehr komplexe Infrastruktur, die von einer kleinen Handvoll Unternehmen geschaffen wurde – hauptsächlich von US-amerikanischen und europäischen. Nun, es gibt auch andere Unternehmen. Zum Beispiel verfügen China und Russland über ihre eigene inländische Bohrinfrasturktur und Technologie, die sie selbst entwickelt haben. Sogar der Iran, der seit der Revolution von 1979 so lange unter Sanktionen steht und zudem eine relativ technologisch fortgeschrittene Gesellschaft für ein mittelgroßes Land ist, hat einen Teil dieser Infrastruktur entwickelt. Daher konnten sie Venezuela helfen.

Aber die venezolanische Ölindustrie wurde in den vergangenen 100 Jahren vollständig mit US-amerikanischer und europäischer Technologie aufgebaut. Als die USA 2015 begannen, Sanktionen

gegen Venezuela zu verhängen, wurde es für das Land sehr schwierig, einen Großteil dieser Technologie zu importieren, um seine Ölinfrastruktur zu erhalten – geschweige denn, sie zu modernisieren. Diese Maschinen müssen ständig gewartet und repariert werden – sie verschleißten mit der Zeit. Es handelt sich um Anlagevermögen, das einer Kapitalabschreibung unterliegt. Daher war Venezuela nicht in der Lage, viele der Investitionsgüter zu importieren, die für die Instandhaltung seiner Ölindustrie erforderlich sind.

Zusätzlich zu den sehr strengen Exportbeschränkungen sahen wir, dass sich die Ölinfrastruktur in einer echten Krise befand und die Ölproduktion auf weniger als eine Million Barrel pro Tag zusammenbrach, während sie vor der US-Blockade im Jahr 2019 mehr als doppelt so hoch gewesen war. Sie war zwar stetig gesunken, brach aber insbesondere mit dem Putschversuch von Trump im Jahr 2019 ein. Es gab etwas Unterstützung aus China, Russland und Iran – insbesondere übrigens aus dem Iran –, der wahrscheinlich in Bezug auf das Ausmaß die meiste Hilfe leistete. Vor allem iranische Ingenieure halfen dabei, die Ölindustrie zu modernisieren und weiterzuentwickeln.

Und dann kam die Regierung von Joe Biden an die Macht, und im Grunde genommen schloss die Biden-Regierung ein Abkommen mit den Ölkonzernen. Der Grund, warum ich all diese Geschichte erzählt habe, ist, dass wir die Lage verstehen müssen, in der sich Venezuela befand, und wie verzweifelt seine wirtschaftliche Situation aufgrund dieser brutalen US-Blockade war. Also kam Biden an die Macht, und seine Regierung war nicht so extrem auf einen Regimewechsel in Venezuela fixiert, weil die Falken aus Miami – das sind inzwischen alles Republikaner. Florida war ja historisch als ein „Purple State“ bekannt, aber jetzt ist es vollständig ein „Red State“, kein linkes Land mehr.

Weißt du, in den USA sind die Farben das Gegenteil vom Rest der Welt – rechts steht für die Republikaner, also sehr rechtsgerichtet. Und, wie du weißt, ist Florida jetzt fest in republikanischer Hand, Trump-Gebiet. Ich meine, es ist wirklich tiefes Trump-Gebiet. Gleichzeitig hatte auch die Biden-Regierung jemanden, der Biden etwas ins Ohr flüsterte – die Öllobby, besonders Chevron. Und sie sagten: „Schau, wir wollen einfach ein Abkommen mit Venezuela schließen, damit wir von etwas venezolanischem Öl profitieren können.“ Es war also irgendwie gegenseitig; es war für die USA und Venezuela vorteilhaft, dieses Abkommen zu schließen, bei dem Biden einige Ausnahmen machte. Er hat die Sanktionen gegen Venezuela jedoch überhaupt nicht aufgehoben.

Er machte einige Ausnahmen, um Chevron den Betrieb in Venezuela zu ermöglichen. Und Maduro traf diese strategische Entscheidung, weil Venezuelas Ölinfrastruktur noch immer stark von den USA und von Technologieimporten abhängig war. Das Land konnte nicht einfach über Nacht ein eigenes nationales Ölbohrunternehmen aufbauen. Nur sehr wenige Länder können das. Man braucht dafür hochqualifizierte Ingenieure mit hohen Löhnen. Und wir wissen alle, dass der Globale Süden große Probleme mit Abwanderung von Fachkräften hat – besonders, wenn man unter einer Blockade steht, eine Wirtschaftskrise durchlebt und die Hälfte der Ingenieure verliert, die alle in andere Länder gehen, was Venezuela widerfahren ist.

Im Grunde genommen verabschiedete Venezuela, während es unter Belagerung stand, das sogenannte Anti-Blockade-Gesetz. Dieses Gesetz machte einige Zugeständnisse an ausländische Unternehmen – hauptsächlich chinesische und russische, aber auch einige US-amerikanische – und sagte sinngemäß: Schaut, wir müssen uns hier strategisch zurückziehen. Wir können keinen Sozialismus aufbauen, solange wir unter einer Blockade stehen. Wir haben keine inländischen Unternehmen, die diese Dinge produzieren. Wir sind ein Petro-Staat; wir brauchen ausländische Investitionen. Also schlossen sie auch eine Vereinbarung und sagten: Wenn wir Chevron den Eintritt erlauben, könnte uns das etwas Luft verschaffen. Die USA werden einige Sanktionen aufheben, und vielleicht wird es für uns einfacher, einige dieser Dinge zu importieren.

Nicht nur, wissen Sie, habe ich mich auf die Ölindustrie konzentriert – Medizin und medizinische Geräte waren ein weiterer wichtiger Faktor. Zehntausende Venezolaner sind gestorben. Laut UN-Experten starben Zehntausende. Außerdem wurde eine sehr gute Forschungsarbeit vom Center for Economic and Policy Research in Washington, D.C., veröffentlicht, von Jeffrey Sachs und Mark Weisbrot. Sie fanden heraus, dass in einem Jahr – von 2017 bis 2018, glaube ich, obwohl ich mich bei den genauen Jahren irren könnte – etwa 40.000 Venezolaner gestorben sind, nach einer konservativen Schätzung, aufgrund der illegalen einseitigen US-Sanktionen.

Viele dieser Todesfälle ereigneten sich, weil Venezuela keine wichtigen Medikamente und medizinischen Geräte importieren konnte. Ich war mehrfach in venezolanischen Krankenhäusern, als ich dort berichtete, und habe es mit eigenen Augen gesehen. Ich sprach mit Ärzten darüber, dass es einen gravierenden Mangel an vielen Medikamenten und Materialien gab, was zu zahlreichen Todesfällen führte. Im Grunde befand sich die venezolanische Regierung in einer Situation, in der sie sagte: „Wir müssen einen strategischen Rückzug antreten, und das könnte eine Gelegenheit sein, bei der die USA ihren erdrückenden Würgegriff auf unsere Wirtschaft durch diese Zugeständnisse vielleicht etwas lockern.“ Aber es war nicht so, dass Venezuela seine Ölindustrie privatisierte.

Es erlaubte Chevron, in bestimmten Projekten eine Minderheitsbeteiligung an der venezolanischen Ölförderung zu halten. Das ist also, wie gesagt, ein strategischer Rückzug. Diese ultralinke Kritik an Venezuela – die sagt: „Wie können sie es wagen, einem ausländischen Unternehmen den Betrieb zu erlauben?“ – ich meine, sie befanden sich in einer so verzweiferten Lage, dass sie sagten: „Entweder wir lassen etwas ausländisches Kapital zu, um uns bei der Reparatur der Ölindustrie und der Steigerung der Produktion zu helfen, oder wir haben gar keine Ölförderung.“ Die venezolanische Regierung bekommt immer noch ein sehr gutes Geschäft bei dieser Ölförderung. Es sind Einnahmen, die in die Kassen der venezolanischen Regierung fließen und in das venezolanische Volk investiert werden. Diese falsche linke Opposition – das ist einfach absurd.

Jetzt endlich – ich weiß, das ist eine sehr lange Antwort –, aber ich wollte diesen Kontext liefern, um zu verstehen, wie wir in diese Situation geraten sind und warum es völlig vernünftig war, dass die venezolanische Regierung diese Entscheidung im Rahmen des Anti-Blockade-Gesetzes getroffen hat. Denn man kann den ganzen Tag über Sozialismus und all das reden, aber wenn man ein Land des

Globalen Südens ist, das praktisch keine eigene Industrieproduktion hat, ist man vollständig davon abhängig, Rohstoffe zu exportieren. Ich beschreibe hier viele Länder des Globalen Südens. Nicht alle sind Petrostaaten. Viele Länder des Globalen Südens exportieren Mineralien und unverarbeitetes Erz, und sie exportieren Agrarprodukte, bei denen im Herstellungsprozess nur sehr wenig Wertschöpfung stattfindet. Das ist die Situation in den meisten Ländern der Peripherie. Das ist die grundlegende Idee dessen, was es bedeutet, Teil der Peripherie des globalen kapitalistischen Systems zu sein.

Venezuela befand sich bereits in dieser Situation. Kein noch so großes staatliches Engagement oder die Organisation von Arbeiterinnen und Arbeitern kann das über Nacht entwickeln. Das ist unmöglich. Man muss ausländische Investitionen zulassen, um diese Kräfte zu entwickeln. Genau das hat übrigens China in den 1970er Jahren erkannt. Venezuela traf also diese Entscheidung in der Annahme, dass sie zu einer leichten Lockerung der US-Blockade führen würde – was, ehrlich gesagt, auch geschah. Ich meine, es ist nicht so, dass die Biden-Regierung Venezuela gegenüber freundlich war oder das Land unterstützt hätte. Das stimmt überhaupt nicht. Aber sie war auch nicht besonders entschlossen, die venezolanische Regierung zu stürzen, weil einige US-Ölkonzerne davon profitierten. Und dann kam Trump – und mit ihm Leute wie Marco Rubio.

Und genau deshalb würde man eigentlich denken, dass sie diesen Unternehmen gegenüber am freundlichsten eingestellt wären. Aber die Marco-Rubio-Typen in Miami sahen dies als ein Zugeständnis an Maduro, das Venezuela half. Deshalb waren sie tatsächlich gegen viele dieser Zugeständnisse – weil sie nicht wollen, dass US-Unternehmen jetzt in Venezuela tätig sind. Sie wollen die Kontrolle übernehmen. Sie wollen alles. Ihre Strategie ist es, statt ein paar Krümel – oder vielleicht mehr als ein paar Krümel, ein paar Stücke vom Kuchen – zu bekommen, den ganzen Kuchen zu haben.

Und sie glauben, sie könnten Venezuela die Einnahmen entziehen und die Wirtschaft zum Einsturz bringen – das ist jetzt das ausdrücklich erklärte Ziel der Seeblockade. Reuters berichtete unter Berufung auf Beamte der Trump-Regierung, dass sie planen, diese Blockade für einige Monate aufrechtzuerhalten, um die venezolanische Wirtschaft zu zerstören. Sie glauben, das werde zu einem Regimewechsel führen. Und, wissen Sie, sie bombardieren Venezuela. Es gibt inzwischen Berichte, dass die CIA dort Drohnenangriffe durchführt. Darüber wurde zwar diskutiert, aber unabhängig davon hat Trump erklärt, er werde Angriffe auf venezolanischem Territorium durchführen. Sie glauben, dies sei der Moment, in dem sie einen Regimewechsel erzwingen können.

Also gibt es so eine Art inneren Konflikt, richtig? Innerhalb der herrschenden Klasse gibt es immer widersprüchliche Interessen. Einige Leute im Trump-Lager stehen der Ölindustrie sehr nahe. Deshalb erlauben sie Chevron, weiterhin in Venezuela zu operieren. Und deshalb versuchten einige, wie Grenell, Trumps Gesandter, der ein Abkommen mit Venezuela aushandelte, größere Zugeständnisse zu erreichen. Denn, wie ich schon erwähnte, war Chevrons Konzession immer noch ein Minderheitsanteil – kein großer Anteil. Grenell, Trumps Gesandter, versuchte, in Venezuela wesentlich größere Zugeständnisse zu erlangen, damit US-Unternehmen viel höhere Gewinne aus der Ausbeutung des venezolanischen Öls erzielen könnten.

Und die venezolanische Regierung war eigentlich nicht wirklich interessiert, aber sie hatte auch Angst – sie versuchte, eine strategische Kalkulation vorzunehmen. Und dann gibt es natürlich die Elemente der Ölindustrie. Trumps Energieminister ist ein ehemaliger CEO eines Öl- und Gasunternehmens, daher sind sie offensichtlich sehr an dieser Sache interessiert. Sie sind etwas realistischer; sie verstehen, dass ein Regimewechsel riskant ist, dass ein Krieg in Venezuela nach hinten losgehen könnte. Deshalb konzentrieren sie sich darauf, so große Zugeständnisse wie möglich zu bekommen. Während die ideologisch stärker engagierten Kreise um Rubio sagen: Nein, wir wollen eine vollständige wirtschaftliche Erstickung, um die venezolanische Regierung zu stürzen.

#Mudiar

Würden Sie die Trump-Regierung aus venezolanischer Perspektive als einen großen Wandel sehen – einen großen Wandel in der US-Außenpolitik? Denn, wie Sie gesehen haben, sind einige der Narrative rund um Drogenhandel oder die Bekämpfung des Narco-Terrorismus in großem Maße aufgekommen. Obwohl die Vorstellung, dass Venezuela eine Bedrohung für die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten darstellt, viel älter ist, hat die Obama-Regierung 2015, als sie Sanktionen verhängte, Venezuela ausdrücklich als Bedrohung für die nationale Sicherheit hochgestuft. In gewisser Weise läuft das also schon seit zwölf Jahren. Aber die früheren Narrative in den Medien – wir sahen sie eher im Zusammenhang mit Autoritarismus: Maduro verbietet politische Parteien, hält keine Kommunalwahlen ab, misswirtschaftet die Wirtschaft, verursacht eine humanitäre und Migrationskrise und so weiter. Das waren die dominanten Themen. Jetzt scheint sich der Fokus stärker auf Demokratie und Drogenhandel verlagert zu haben. Ist das also ein Wandel oder kein Wandel?

#Ben

Das ist nur Rhetorik. Es ist unecht. Ich meine, was eine Veränderung betrifft, haben wir offensichtlich eine Kontinuität zwischen Republikanern und Demokraten gesehen – das ist sehr üblich. Die Obama-Regierung begann mit den Sanktionen gegen Venezuela. Die Obama-Regierung unterstützte 2009 den Putsch in Honduras, und dann unterstützte Trump einen weiteren Wahlputsch in Honduras. Die Obama-Regierung unterstützte 2012 einen Putsch in Paraguay und 2016 einen in Brasilien. Die erste Trump-Regierung unterstützte 2018 einen weiteren Putsch in Brasilien durch die Inhaftierung von Lula auf falschen Anklagen, was Bolsonaro an die Macht brachte. Offensichtlich gibt es eine Kontinuität. Das heißt aber nicht, dass ich die Demokraten in irgendeiner Weise entschuldigen will, indem ich sage, sie seien das kleinere Übel.

Aber wissen Sie, wenn man ein Land regiert, kann man nicht – es ist eine Sache, wenn wir Intellektuelle sind und versuchen, die Situation ideologisch zu analysieren. Aber wenn man der Regierungschef eines Landes ist, wenn man Außenminister ist, muss man in Begriffen der Realpolitik denken. Man muss in Kategorien relativer Machtverhältnisse denken. Und für Lateinamerika gilt: Trotz der vielen Angriffe der Demokraten haben linke Regierungen die Republikaner größtenteils als

weitaus bösser und interventionistischer wahrgenommen. Ich sage nicht, dass sie pro-Biden oder pro-Obama waren. Sie erkannten auch, dass diese ihre eigenen Hintergedanken hatten.

Aber ich meine, objektiv betrachtet, schau dir Trumps erste Amtszeit an – die Putschversuche in Venezuela, die Blockade Venezuelas, die Putschversuche in Kuba und den Putschversuch in Nicaragua im Jahr 2018, der sehr gewalttätig war. Ich sage also nicht, dass die Demokraten das kleinere Übel sind oder dass wir sie alle unterstützen sollten. Aber ich sage, wenn man in Venezuela regiert und realistisch auf Biden und Trump blickt, dann war Biden, obwohl er den Wirtschaftskrieg gegen Venezuela sicherlich nicht beendet oder die Sanktionen aufgehoben hat, eindeutig nicht so aggressiv gegenüber Venezuela.

Und es war für ihn keine so große Priorität. Und sicherlich unter Marco Rubio – nun, ich kann nicht sagen, wer es war, aber ich sage mal, ein Diplomat aus einem lateinamerikanischen Land – ich erinnere mich, dass er mir sagte, als Trump Marco Rubio ankündigte: „Ehrlich gesagt, ich hätte lieber Satan als US-Außenminister als Marco Rubio.“ Das ist also das Gefühl vieler. Natürlich kam das aus einem linksgerichteten Land. Die Rechten in Lateinamerika lieben Rubio, weil er einer von ihnen ist. Aber ich meine, Rubio – es geht nicht nur um Trump.

Trump ist natürlich schon schlimm genug, aber Rubio ist wirklich der König der sogenannten „Gusanos“ – der extrem rechten Kräfte, von denen viele wohlhabende Eliten und, ehrlich gesagt, Sklavenhalter aus Kuba waren, die nach der Kubanischen Revolution nach Florida gingen. Tatsächlich gingen viele von ihnen schon vor der Kubanischen Revolution, die am 1. Januar 1959 erfolgreich war. Übrigens hat Rubio während eines Großteils seiner Karriere gelogen, indem er behauptete, seine Eltern seien sogenannte Flüchtlinge vor dem Kommunismus gewesen, was sie nicht waren. Sie flohen nicht vor dem Kommunismus; sie waren Migranten, die Kuba freiwillig vor der Revolution verließen.

Und er hat darüber während eines großen Teils seiner Karriere gelogen. Aber ich meine, Rubio ist so etwas wie der Papst der extremen Rechten – der lateinamerikanischen extremen Rechten. Und was Trump betrifft: In Venezuela, während der ersten Trump-Regierung, traf Maduro die Entscheidung, den Regierungsslogan „No más Trump“, also „Kein Trump mehr“, zu verwenden. Es gab große Proteste. Ich war bei einigen dabei – ich habe Fotos und Videos gemacht; man kann sie online finden. Alle hielten Schilder mit der Aufschrift „No more Trump“. Das war ein wichtiger Teil davon. Sie versuchten, sich diesem Anti-Trump-Widerstand anzuschließen. Und dann, als Trump die zweite Amtszeit gewann, gab es zunächst einige Leute in Venezuela, die dachten, dass man mit Trump verhandeln könne, oder?

Und das ist der Fehler, den manche Leute machen. Sie sagen so etwas wie: „Oh, weißt du ...“ Und trotzdem hört man einige MAGA-Leute sagen: „Trump ist ein Geschäftsmann, er ist pragmatisch.“ Das ist die Erzählung. Sie stimmt nicht. Aber es gab einige, die dachten, man könne vielleicht mit Trump verhandeln, dass man irgendeine Art von Abkommen schließen könne. Und Trump hatte tatsächlich diesen Typen, Richard Grenell, der als Gesandter Maduro traf. Es gab auch einige Leute

in Miami, die sehr wütend über das Chevron-Abkommen waren, das geschlossen wurde, obwohl es tatsächlich unter Biden begann und unter Trump fortgesetzt wurde.

Aber jetzt sehen wir natürlich, dass all das vorbei ist. Trump behauptet, er werde verhandeln, aber am Ende des Tages verhandelt er nur mit Ländern, die tatsächlich mehr Einfluss auf die USA haben – wie China. Der Grund, warum Trump an den Verhandlungstisch gezwungen wurde, war zunächst Chinas Exportbeschränkungen für Seltene Erden. Das war Chinas Trumpf, der den US-Unternehmen wirklich schadete, insbesondere dem militärisch-industriellen Komplex, da sie ohne chinesische Seltene Erden nichts produzieren können.

Und dann auch wegen des US-Anleihemarkts – die USA waren wirklich besorgt, dass China seine Staatsanleihen abstoßen könnte. Die USA haben ohnehin schon damit zu tun, dass die Rendite zehnjähriger Staatsanleihen hartnäckig hoch bleibt, obwohl die Fed die Zinsen senkt. Das heißt, die USA haben Probleme am Anleihemarkt. China hatte eine Menge Einfluss. Venezuela hat keinen Einfluss auf die USA. Also sehen wir jetzt, dass die Trump-Regierung in diesem Moment wirklich glaubt – Trump selbst hat diese Einschätzung getroffen. Ich bin sicher, dass Marco Rubio ihn überzeugt hat, aber das ist nicht ... Trump-Anhänger lieben es, Trump freizusprechen, und sie sagen: „Es ist nicht Trump, es sind all die Leute um ihn herum.“

Es sind alles die Neokonservativen. Es ist so, ja, Trump hat sie ernannt. In der ersten Amtszeit hieß es, der „tiefe Staat“ habe Trump gezwungen, all diese Neokonservativen um sich zu scharen – wie zum Beispiel Mike Pompeo, den CIA-Direktor, der später Außenminister wurde, und den schlimmsten Neokonservativen von allen, John Bolton, der Trumps nationaler Sicherheitsberater war. Und alle Trump-Apologeten sagten, der tiefe Staat habe ihn dazu gezwungen. Nun sind wir in Trumps zweiter Amtszeit – „Dark Maga“, wie seine Anhänger behaupten – und wieder einmal hat er sich mit einer Gruppe neokonservativer Kriegstreiber umgeben, darunter Marco Rubio, der in seiner gesamten Karriere ein Kriegstreiber war. Er hat jeden Krieg unterstützt. Er war einer der Hauptbefürworter des Kriegs in Libyen im Jahr 2011. Und...

Übrigens, wer ist Trumps Kriegsminister – also derjenige, der das Pentagon in das Kriegsministerium umbenannt hat? Pete Hegseth, ein wahnsinniger, schaumspuckender Neokonservativer, außerdem ein Fanatiker, der auf Krieg drängt. Das sind die Leute, mit denen Trump sich freiwillig umgibt. Diese MAGA-Anhänger sind also so naiv und, ehrlich gesagt, so dumm, Trumps Friedensrhetorik zu glauben, während Trump wiederum zehn Länder bombardiert hat. Ich spreche Trump also nicht frei, aber wirklich, Marco Rubio ist so etwas wie das Totenglöckchen. In der lateinamerikanischen Linken – ehrlich gesagt, wenn Rubio mich das sagen hören würde, wäre er sehr glücklich. Er würde es all seinen Freunden erzählen. Aber sie fürchten Rubio wirklich, und sie haben recht, ihn zu fürchten, denn für Rubio geht es nicht nur um die wirtschaftlichen Interessen der US-Konzerne.

Es ist ein ideologischer Kreuzzug, dem sich die Rechte in Miami seit vielen Jahrzehnten verschrieben hat, seit der Kubanischen Revolution von 1959. Sie glauben wirklich, dass sie es schaffen können – dass, wenn ihnen ein Regimewechsel in Venezuela gelingt, auch Kuba fallen wird. Ehrlich gesagt

halte ich das für eine vereinfachte Vorstellung, aber sie ist nicht völlig falsch, denn Kuba steht unter dieser erstickenden Blockade der USA, und Venezuela hat Kuba viel Unterstützung geleistet, besonders mit Öl. Kuba leidet unter großen Energieengpässen, wie viele Länder des Globalen Südens, aber in den letzten Jahren war es wegen der Blockade besonders schlimm. China hat geholfen und viele Solaranlagen in Kuba gebaut, die bei den Energieproblemen geholfen haben. Aber wenn die Regierung Venezuelas fällt – nun, ich sage nicht, dass das wahrscheinlich ist.

Das ist eine Möglichkeit. Ich meine, ich halte sie nicht für sehr wahrscheinlich, aber sie ist durchaus möglich. Wenn auch nicht wahrscheinlich, könnte das für Kuba sehr gefährlich sein. Und sie haben diese Einschätzung getroffen, dass Rubio erstens Präsident werden will. Wir wissen, dass er bereits für das Präsidentenamt kandidiert hat, und er glaubt außerdem, dass, wenn es ihm gelingt, Kuba zu stürzen – dann würden sie natürlich auch Nicaragua ins Visier nehmen – wenn ihm das gelingt, er sicher der nächste Präsident wird. Also gibt es neben all den geopolitischen Faktoren und den Interessen der US-Konzerne auch die politischen Interessen dieser Gruppe aus Miami, von Marco Rubio, und seine eigenen persönlichen politischen Ambitionen, die man ebenfalls nicht unterschätzen darf.

#Mudiar

Ich denke, es wäre interessant, Ihre Gedanken zur Reaktion der USA auf den wachsenden Einfluss Chinas in der Region zu hören – oder, anders gesagt, zur Reaktion der USA auf die zunehmenden Beziehungen zwischen Lateinamerika und China. Denn „Einfluss“ setzt auch irgendwie voraus, dass diese wachsende Beziehung die alten Dynamiken des Kalten Krieges widerspiegelt, die damals eine viel direktere politische Allianz beinhalteten, politisch gespalten zwischen der UdSSR und den Vereinigten Staaten. Wir haben eine massive Ausweitung der Beziehungen zwischen vielen Ländern Lateinamerikas und China erlebt. Venezuela ist eines davon, aber auch Länder mit rechtsgerichteten Regierungen. Kürzlich gab es einen großen Artikel in der „Financial Times“ darüber, dass chilenische Kirschen zu einem führenden Exportsektor nach China geworden sind, weil Kirschen dort als gutes Omen gelten.

Fühlt sich die US-Regierung durch diesen wachsenden Handel und die zunehmenden Investitionen politisch bedroht? Wir haben auch chinesische Investitionen im Energiesektor, in Hafenanlagen und in anderer Infrastruktur in der gesamten Region gesehen. Fühlt sich die US-Regierung dadurch bedroht? Und zweitens, wie reagieren die US-Unternehmen darauf? Denn chinesische Unternehmen in verschiedenen Branchen verdrängen in einigen dieser Märkte, einschließlich der Amazon-Märkte, die Konkurrenz. Wie steht die US-Wirtschaftselite dazu, und wie sieht die politische Klasse der USA die wachsenden Beziehungen zwischen China und den lateinamerikanischen Ländern?

#Ben

Ja, also fange ich mit einer sehr kurzen Antwort an. Fühlt sich die USA bedroht? Absolut. Das wurde sehr deutlich gemacht, insbesondere durch die nationale Sicherheitsstrategie, die von der Trump-

Regierung veröffentlicht wurde. Sie machen es glasklar: Sie wollen, dass Lateinamerika seine Beziehungen zu China abbricht – politisch vor allem, aber auch wirtschaftlich, soweit es möglich ist. Nun, das ist politisch sehr unrealistisch. Eigentlich halte ich es nur dann für realistisch, wenn sie überall diese rechtsgerichteten Marionettenregierungen an die Macht bringen können, wie es ihnen in Argentinien, in Chile und jetzt in Honduras gelungen ist. Und sie wollen das in jedem Land der Region tun. Das ist das Ziel. Sie werden Putsche unterstützen, wenn es nötig ist; sie werden sich in Wahlen einmischen, wenn es nötig ist.

Politisch wollen sie eine ganze Region, die pro-amerikanisch ist. Aber wirtschaftlich ist das viel, viel komplizierter. Brasilien ist ein interessantes Beispiel, oder? China ist der größte Handelspartner Südamerikas – Punkt. Die Nummer eins. Nun, außerhalb der Region, wenn man also nicht den Handel zwischen Argentinien und Brasilien mitzählt, sondern auf externe Handelspartner schaut, ist China die Nummer eins, und dieser Anteil ist im Laufe der Zeit massiv gestiegen. Für ganz Lateinamerika, wenn man Mexiko ausnimmt, ist China der größte Handelspartner. Offensichtlich ist Mexiko ein Sonderfall. Ich habe das vorhin erwähnt, und das liegt daran, dass Mexiko eine lange Grenze mit den USA teilt – es ist ein Nachbar der USA – und weil 80 % der mexikanischen Exporte in die USA gehen. Das heißt, diese Volkswirtschaften sind eng miteinander verflochten.

Mexiko hat ebenfalls ein Freihandelsabkommen mit den USA, das früher als NAFTA bekannt war. Und genau deshalb zwang die Trump-Regierung Mexiko dazu, einen Zoll von 50 % auf China zu erheben. Natürlich gibt es einige mexikanische Unternehmen, die nicht mit China konkurrieren wollen. Und es gibt noch andere Themen, über die man sprechen kann – chinesische Unternehmen sind äußerst wettbewerbsfähig, und es ist für viele Unternehmen im Globalen Süden schwierig, mit ihnen mithalten. Ich bin übrigens nicht grundsätzlich dagegen, dass Länder des Globalen Südens ihre eigenen Industrien mit Zöllen schützen. Aber im Fall von Mexiko wären diese Zölle nicht bei 50 % gelegen. Der Grund, warum sie 50 % Zölle auf China erhoben haben, ist, dass die Trump-Regierung es ihnen gesagt hat. Und natürlich gefiel das den mexikanischen Industriellen.

Aber das liegt daran, dass Mexiko ein Freihandelsabkommen mit den USA hat, und man wusste, dass dies chinesische Unternehmen dazu anregen würde, Fabriken in Mexiko zu bauen – was viele übrigens auch getan haben. Lenovo eröffnete eine Fabrik im Norden Mexikos, um dort Laptops zu produzieren und sie dann zollfrei in die USA zu exportieren, dank dieses Freihandelsabkommens. Genau das geschieht jetzt auch in Südostasien, wo chinesische Unternehmen Fabriken eröffnen und in Ländern wie Vietnam, Thailand und Indonesien einen Teil der Wertschöpfung übernehmen, bevor sie in die USA exportieren. Diese Waren gelten dann nicht mehr als chinesische Produkte. Manche nennen das „Transshipment“, aber tatsächlich handelt es sich dabei nicht um Umladung.

Umladungen sind etwas anderes, aber sie tragen tatsächlich zur Wertschöpfung im Produktionsprozess bei. Deshalb begrüßen viele dieser Länder in Südostasien diese Investitionen – sie bedeuten mehr lokale Arbeitsplätze und helfen ihnen, in der Wertschöpfungskette aufzusteigen. Aber wie auch immer, Mexiko ist immer ein Sonderfall. Abgesehen von Mexiko ist China der größte Handelspartner Lateinamerikas. Interessant ist jedoch, dass die USA und Lateinamerika im Handel

Konkurrenten sind. Obwohl die USA offensichtlich eine entwickelte Volkswirtschaft sind, wurden sie relativ stark deindustrialisiert, weil die gesamte Strategie in der Ära der neoliberalen Globalisierung darauf beruhte – wenn man über das Weltsystem nachdenkt, über Zentrum und Peripherie –, dass früher, wenn man zur klassischen Weltsystemtheorie der Mitte des 20. Jahrhunderts zurückgeht, die Idee war, dass die Kernländer durch die industrielle Fertigung mehr Wert zum Produktionsprozess beitrugen.

Was wir bei der Hightech-Fertigung und der Globalisierung der Lieferketten gesehen haben, ist, dass die Produktion nicht mehr im Zentrum der Wertschöpfungskette steht. Sie befindet sich nicht mehr an der Spitze, wie es früher der Fall war. An der Spitze der Wertschöpfungskette steht das Design – es sind die hochwertigen, wertschöpfenden Dienstleistungen des geistigen Eigentums, das Entwerfen der Technologie, die dann in der Semiperipherie, in Ländern wie China, produziert wird. Und nun verlagert sich diese Lieferkette in andere Länder – nach Südostasien, teilweise sogar nach Indien. Die Lieferkette ist also vielfältiger, größer, länger und komplexer geworden. Die USA haben sich auf die sehr hochwertigen Monopole spezialisiert, in denen es nur sehr wenige Wettbewerber gibt.

Also habt ihr extrem hohe Gewinnspannen durch das Design des iPhones und ähnlicher Produkte, richtig? Und bekanntlich – ich habe oft darüber gesprochen – hielt J.D. Vance, der US-Vizepräsident, eine Rede auf einer Venture-Capital-Konferenz in Washington, die von Andreessen Horowitz unterstützt wurde, einer großen Risikokapitalfirma, die der Trump-Regierung und dem Silicon Valley sehr nahesteht. Und Vance gab das offen zu – im Grunde das, was Weltsystemtheoretiker schon lange kritisieren –, nämlich dass die Strategie der USA in der Ära der neoliberalen Globalisierung darin bestand, ein Monopol über die hochgradig wertschöpfenden Dienstleistungen in der globalen Lieferkette aufrechtzuerhalten, die wenig profitablen, arbeitsintensiven Sektoren auszulagern und die kapitalintensiven Sektoren zu behalten.

Also, der Grund, warum ich das anspreche, ist, dass man, wenn man sich die US-Wirtschaft ansieht, im Hochtechnologiesektor natürlich China als Konkurrent hat. Aber gleichzeitig ist es interessant – die US-Wirtschaft weist einige Elemente auf, die ein wenig an Lateinamerika erinnern, auch wenn sie einen viel kleineren Anteil am BIP ausmachen. Wenn man sich die Rohstoffexporte in den meisten Ländern des Globalen Südens ansieht, machen sie einen enormen Teil der Wirtschaft aus. In den USA ist die Ölindustrie kein zentraler Bestandteil der Wirtschaft, aber sie bleibt dennoch ein wichtiger und einflussreicher Sektor. Und die USA sind inzwischen der weltweit größte Produzent von Erdöl und Erdgas.

Die USA sind auch ein bedeutender Agrar-Exporteur. Typischerweise sind die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder im Zentrum Importeure von Energie und Nahrungsmitteln – wie zum Beispiel Japan. Aber die USA sind ein sehr ungewöhnliches Land im Weltsystem, und sie sind ein sehr großes Land, was die Landfläche betrifft. Daher sind sie ein wichtiger Agrar-Exporteur und ein bedeutender Energie-Exporteur, was bedeutet, dass sie mit Lateinamerika in Konkurrenz stehen. Deshalb ist die Situation auch komplizierter. Die Trump-Regierung wollte alle diese Länder in Lateinamerika dazu zwingen, ihre Beziehungen zu China abzubrechen.

Politisch halte ich das für plausibel. Wirtschaftlich jedoch nicht. Denn all diese rechtsgerichteten Kräfte in Lateinamerika – ironischerweise viele von ihnen, eigentlich fast alle – haben als ihre Förderer die große Grundbesitzerklasse. Brasilien ist dafür ein gutes Beispiel. Wer waren die treibenden Kräfte hinter Bolsonaro? Es waren die großen Agrarkonzerne, die im Grunde nichts anderes sind als Großgrundbesitzer in Brasilien. Und das sind die Leute, die Sojabohnen und Mais exportieren, und sie exportieren auch Mineralien, weil diese nicht wirklich in Staatsbesitz sind. Brasilien hat zwar Petrobras, ein staatliches Ölunternehmen, aber viele der Mineralien sind in Privatbesitz. Und Brasilien ist einer der größten Exporteure von Eisenerz weltweit – und das ist alles privat.

Und diese großen Exporteure – sie werden keine Sojabohnen und keinen Mais in die USA exportieren, eines der weltweit größten Anbauländer für Sojabohnen und Mais. Sie werden auch nicht viel Eisenerz in die USA exportieren, weil die USA nicht so viel Eisenerz benötigen; das Land ist deindustrialisiert worden. Wer ist der größte Importeur von Eisenerz weltweit? Es ist China. Die Basis Bolsonaros – die Klassenkräfte hinter der extremen Rechten in Brasilien – sind also vom Export nach China abhängig. Sie können nicht in die USA exportieren, weil die USA nicht so viel importieren werden, und sie stehen in Konkurrenz zu den USA. Das führt zu einer sehr merkwürdigen Situation, in der die Trump-Regierung einen Handelskrieg gegen China führte. Zu einem bestimmten Zeitpunkt hatte die Trump-Regierung Zölle von 145 % auf China.

Eine der Reaktionen Chinas – ich habe bereits über die Beschränkung des Exports seltener Erden gesprochen – bestand möglicherweise darin, dass China Berichten zufolge einige seiner US-Staatsanleihen reduzierte oder verkaufte. Kein massiver Ausverkauf, aber genug Verkäufe, um Volatilität auf dem US-Anleihemarkt zu verursachen, was die Trump-Regierung und Scott Besson wirklich beunruhigte. Das waren also Karten, die China in der Hand hatte. Eine weitere wichtige Karte, die China besaß, waren Sojabohnen. China ist der weltweit größte Importeur von Soja. Es hat 1,4 Milliarden Einwohner, und Soja ist ein wichtiger Bestandteil der chinesischen Ernährung – etwa in Form von Tofu.

Anstatt also Sojabohnen von US-amerikanischen Landwirten zu importieren – Venezuela, nein, nicht Venezuela – importierte China diese Sojabohnen aus Brasilien und Argentinien. Das ist irgendwie witzig, denn Argentinien hat jetzt einen sehr rechtsgerichteten, proamerikanischen Präsidenten, Javier Milei. Gleichzeitig gehört zu den wichtigsten Stützpfeilern von Mileis Unterstützung neben dem Finanzsektor – der größtenteils privat ist, mit der Wall Street verbunden und vom Wirtschaftsminister Caputo geleitet wird, einem ehemaligen J.P.-Morgan-Manager, der auch bei der Deutschen Bank tätig war – übrigens werden sowohl das Wirtschaftsministerium als auch die Zentralbank von Javier Milei von J.P.-Morgan-Managern geführt.

Neben der Wall Street ist eine weitere große politische Unterstützungsbasis für Milei die der Großgrundbesitzer in Argentinien, die alle sehr rechtsgerichtet sind und den linken Peronisten, insbesondere den Kirchneristen, stark ablehnend gegenüberstehen. Daher unterstützen sie alle Milei,

sind jedoch gleichzeitig davon abhängig, ihre Sojabohnen, ihren Mais, andere landwirtschaftliche Erzeugnisse und Rindfleisch zu exportieren – da Brasilien und Argentinien große Rindfleischproduzenten sind. Sie stehen auch im Wettbewerb mit den USA, die ebenfalls Rindfleisch produzieren, und exportieren in den chinesischen Markt. Die Klassenkräfte – also die Kapitalisten, die die ausländischen und lateinamerikanischen Sektoren unterstützen – sind somit vom Export nach China abhängig.

Sie können nicht in die USA exportieren – sie stehen mit den USA in Konkurrenz. Das führte zu einer kuriosen Situation, in der China mehr Soja aus Argentinien importierte, was tatsächlich den großen Kapitalisten zugutekam, die Milei unterstützen, anstatt diese Sojabohnen von US-amerikanischen Landwirten zu beziehen. Und die US-Landwirte – nun ja, wir nennen sie Landwirte, aber in Wirklichkeit handelt es sich um große Agrarkonzerne, große Grundbesitzer. Wir sprechen hier nicht von Campesinos, nicht von Bauern wie in Indien, wo ein großer Teil der Bevölkerung noch in der Subsistenzlandwirtschaft arbeitet. Wir sprechen von großen Agrarunternehmen. Aber viele dieser Großagrar-Landwirte ... haben für Trump gestimmt.

Sie waren eine wichtige Quelle politischer und wirtschaftlicher Unterstützung für Trump. Dann sprach die Trump-Regierung davon, Milliarden von Dollar auszugeben, um US-Sojabohnenfarmer zu retten, weil sie ihre Sojabohnen nicht nach China verkaufen konnten. Das ist offensichtlich eine sehr komplexe geoökonomische Situation, oder? Die USA wollen all diese Länder in Lateinamerika unter Druck setzen, ihre Beziehungen zu China abzurechnen. Politisch haben sie mit den rechtsgerichteten Regimen Erfolg gehabt, aber wirtschaftlich passiert das Gegenteil. Ironischerweise sahen wir unter Bolsonaro, dass ihm die Industrieproduktion überhaupt nicht wichtig war.

Viele Industrielle – auch wenn es natürlich eindeutig rechtsgerichtete Industrielle gibt – sind im Grunde alle eher rechts, einfach wegen ihrer Klasseninteressen. Aber es gab einige Industrielle, die die Arbeiterpartei und Lula stärker unterstützten, weil Lula aus einem industriellen Umfeld stammt. Eigentlich kommt er ja aus der Arbeiterbewegung. Und offensichtlich kann es ohne Industrie keine Gewerkschaften geben, die diese Industrie organisieren. Es gibt also eine Art merkwürdiges Bündnis, in dem brasilianische Gewerkschaften und Industrielle eine Hassliebe verbindet – sie brauchen einander –, während alle großen Großgrundbesitzer Bolsonaro-Anhänger waren.

Ironischerweise stieg unter Bolsonaro der Handel mit China massiv an, und die brasilianische Wirtschaft deindustrialisierte sich unter seinen neoliberalen Maßnahmen, weil er jegliche Industriepolitik abschaffte. Außerdem verfügt Brasilien über eine große Entwicklungsbank, und unter Bolsonaro – anstatt die Bank zu privatisieren, was übrigens im Gespräch war – erkannte man, dass man das Geld der Entwicklungsbank nutzen konnte, um Kredite nicht an die brasilianische Industrie, sondern an die großen Agrarkonzerne zu vergeben, die Bolsonaro unterstützten. Unter Bolsonaro stieg also der Handel mit China stark an, doch es handelte sich ausschließlich um den Export von Rohstoffen, und er trug dazu bei, Brasilien weiter zu deindustrialisieren.

Und jetzt versucht die Regierung Lula, sich auf die Reindustrialisierung zu konzentrieren, aber das ist offensichtlich sehr schwierig. Wir befinden uns in einer komplexen geoökonomischen Lage. Du hast Chile erwähnt – Chile ist im Grunde das Saudi-Arabien des Kupfers. Das unausgesprochene Geheimnis, das die Anhänger Pinochets nie erwähnen, ist, dass Pinochet einen großen Teil der chilenischen Wirtschaft privatisiert hat. Er führte diese extrem korrupten Privatisierungen überall durch und verkaufte sogar profitable staatliche Unternehmen für einen Bruchteil ihres Wertes an Freunde und Unterstützer der Pinochet-Diktatur. Diese Oligarchen wurden sehr wohlhabend, und deshalb ist Chile bis heute das ungleichste Land in ganz Lateinamerika – was viel aussagt.

Ich habe mir neulich die Daten angesehen – etwa 1 % der chilenischen Wirtschaft besitzt 49 % des Vermögens. Zitiere mich nicht darauf, aber es sind fast 50 %. Ich erinnere mich, ich glaube, es sind 49 %. Also hält 1 % der chilenischen Bevölkerung ungefähr die Hälfte des nationalen Vermögens. Diese großen Oligarchen gehen bei vielen bis auf die Privatisierungen unter Pinochet zurück. Das ähnelt dem, was in der ehemaligen Sowjetunion bei den Massenprivatisierungen geschah – diese großen Oligarchen kauften die Vermögenswerte für einen Spottpreis auf. Jedenfalls ist mein Punkt, dass Pinochet trotz all dem die Kupferindustrie beziehungsweise das staatliche Kupferunternehmen nie vollständig privatisierte, weil er erkannte, dass er seine Diktatur mit den Einnahmen aus dem Kupferexport finanzieren konnte.

Und Chile ist mit Abstand der weltweit größte Produzent von Kupfer, und das war schon immer ein zentraler Bestandteil der chilenischen Wirtschaft. Wer ist also der weltweit größte Importeur von Kupfer? Wieder einmal ist es China. Die USA importieren nicht viel Kupfer, weil sie deindustrialisiert sind. Chile ist außerdem ein Agrar-Exporteur und verfügt auch über andere Bodenschätze – nicht nur Kupfer, sondern zum Beispiel auch Lithium. Chile besitzt eine der größten Lithiumreserven der Welt. Und der derzeitige, angeblich zentristisch oder mitte-links orientierte Präsident Gabriel Boric wird in der lateinamerikanischen Linken eher als Witz angesehen, weil er im Grunde ein proamerikanischer Liberaler ist, der mit dem Rest der lateinamerikanischen Linken kaum im Einklang steht.

Aber was die aktuelle Regierung betrifft, sie sprach kurz darüber, ein staatliches Lithiumunternehmen zu gründen, tat es aber nicht. Und ironischerweise lobte dieser rechtsextreme Pinochet-Anhänger, José Antonio Kast – der gewählte Präsident, der bald ins Amt kommt – tatsächlich den angeblich mitte-links stehenden Präsidenten Boric. Er lobte ihn dafür, kein staatliches Lithiumunternehmen gegründet zu haben, und sagte, das wäre „böser Kommunismus“. Dieser rechtsextreme Pinochet-Anhänger, der nun der designierte Präsident ist, Kast, hat offen erklärt, dass er Chiles Lithium an US-Unternehmen verkaufen will. Und ironischerweise bin ich sicher, dass US-Unternehmen wie Tesla einen Teil davon bekommen werden.

Ironischerweise werden wahrscheinlich auch chinesische Staatsunternehmen einen Teil davon abbekommen, weil China intern ein sozialistisches System hat, aber international innerhalb des kapitalistischen Weltsystems agiert. Und, wissen Sie, wenn Chile offene Ausschreibungen durchführt – wenn es offene Möglichkeiten für ausländische Investitionen im chilenischen Lithiumsektor gibt –,

kann man sicher sein, dass einige chinesische Unternehmen ebenfalls Angebote für diese Ausschreibungen abgeben werden. Daher würde es mich nicht überraschen, wenn unter dieser rechtsextremen Regierung in Chile sowohl US-amerikanische als auch chinesische Unternehmen investieren. Außerdem wird Chile den Großteil davon nach China exportieren, weil die USA ein Konkurrent sind. Die USA werden all das Zeug nicht aus Chile importieren.

Die Frage ist also jetzt, wird die USA beginnen, diese Regierungen dazu zu zwingen, chinesische Investitionen einzuschränken? Denn China investiert überall. China ist ein riesiges Land und außerdem ein weltweit führender Akteur bei der Verarbeitung von Mineralien. Wird die USA also diese rechtsgerichteten Regierungen in Lateinamerika dazu bringen, gegen die Interessen ihrer eigenen inländischen Kapitalistenklasse zu handeln? Das ist die eigentliche Frage. Denn bisher sind viele dieser Kapitalisten in Lateinamerika – die großen Grundbesitzer und Rentiers – keine Industriellen. Sie verdienen ihr Geld, indem sie einen kleinen Prozentsatz des Exports von Rohstoffen einstreichen, sei es Öl, Gas, Sojabohnen, Mais, Lithium oder Eisenerz.

Die Frage ist, ob ihre eigenen politischen Kräfte – also Regierungen vom Typ Bolsonaro – ich meine, es wird nicht Bolsonaro selbst sein, aber eben solche Figuren wie in Chile – ob sie bereit sein werden, dem zuzustimmen. Und dann gibt es hier noch ein weiteres kurzes Element. Ich habe erwähnt, dass, wenn man sich die lateinamerikanische Linke ansieht – was Sinn ergibt –, die lateinamerikanische Linke politisch sehr pro-chinesisch ist, aber wirtschaftlich eher protektionistisch, weil sie versteht, dass es sehr schwierig ist, mit chinesischen Unternehmen zu konkurrieren. Und das ist völlig logisch, und ich verteidige ihr Recht, ihre eigenen Industrien zu schützen, voll und ganz. Und einige von ihnen heißen ... willkommen.

Zum Beispiel schützt Brasilien einige Sektoren wie die Stahlindustrie, heißt aber gleichzeitig chinesische Investitionen in die Autoindustrie durch Joint Ventures willkommen. Ich finde das großartig. Sie sollten das tun, was China getan hat – China hat seine lokale Industrie geschützt und Joint Ventures mit ausländischen Investoren gegründet. Das ist großartig. Politisch sind sie jedoch sehr pro-chinesisch, während die rechten Kräfte in Lateinamerika äußerst anti-chinesisch sind. Bolsonaro war sehr anti-chinesisch – er gab China die Schuld an der Pandemie, nannte sie das „China-Virus“ und sagte, er werde die Beziehungen zu ihnen abrechnen. Dasselbe gilt für Milei. Milei ist extrem anti-chinesisch; er ist aus den BRICS und all dem ausgestiegen. Wirtschaftlich haben sie jedoch den Handel mit China vertieft, weil es die Kapitalistenklasse ist, die sie unterstützt.

#Mudiar

Will weiter exportieren – wie wird das also laufen? Es ist ein sehr kompliziertes Szenario, ich weiß es nicht. Und um auf die Frage zurückzukommen, die du gestellt hast, ob die USA den Staat dazu zwingen könnten, gegen die Interessen der herrschenden Elite zu handeln, angesichts ihrer Verbindungen zum chinesischen Handel – ich würde auch hinzufügen, dass es nicht nur, entschuldige, nicht nur um die Interessen der Geschäftselite geht, sondern auch um die Interessen des Staates. Selbst für Argentinien hat China eine Swap-Linie über 5 Milliarden Dollar verlängert, zu

einer Zeit, als Argentinien wiederholt Finanzkrisen durchlief, die größtenteils durch seine Dollar-Schulden verursacht wurden, die es zurückzahlen muss. Es gibt auch die Steuereinnahmen aus diesem Handel, die diesen Staaten in erster Linie Stabilität verleihen. Es geht also nicht nur um die Geschäftselite, sondern um die herrschende Elite insgesamt – auch um die politische Klasse. Meine letzte Frage, Ben – du kannst dich kurzfassen. Darf ich dazu noch einen kurzen Gedanken hinzufügen? Natürlich.

#Ben

Ich weiß, dass ich dazu neige, lange Antworten zu geben, aber ich versuche, mich kurz zu halten. Nur ein kurzer Gedanke als Reaktion auf das, was du gesagt hast. Es ist interessant, weil Chinas Außenpolitik offensichtlich sehr nicht-interventionistisch ist. Sie haben eine Politik, die völlig nachvollziehbar ist – und in den meisten Fällen ist das eine gute Sache –, aber manchmal kann es auch eine schlechte Sache sein, oder? Zum Beispiel im Fall von Palästina. Aber Chinas Außenpolitik ist nicht-interventionistisch. Sie sind bereit, mit so gut wie jedem Land zusammenzuarbeiten, solange dieses Land die Ein-China-Politik anerkennt und Chinas innere Souveränitätsangelegenheiten respektiert.

Und nach internationalem Recht ist Taiwan Teil Chinas, daher betrachten sie das als Teil ihrer inneren Angelegenheiten. Wenn sich andere Länder nicht in Chinas Angelegenheiten einmischen, ist es China egal. Sie arbeiten mit jedem zusammen, auch mit diesem schrecklichen Regime in Argentinien unter Milei. Und das Lustige ist, wie ich schon erwähnt habe, dass Javier Milei – politisch gesehen – wie all diese rechtsgerichteten Führer in Lateinamerika sagt, ihre größten Partner seien die USA und Israel. Das sagen sie alle, besonders Milei, richtig? Und sie alle hassen China politisch, weil es ein sozialistisches System ist, das intern von einer kommunistischen Partei regiert wird. Obwohl, wie ich schon sagte, China international weiterhin tief im globalen kapitalistischen System verankert ist.

Und das Lustige ist, Milei, der sich selbst als Anarcho-Kapitalist und Libertärer bezeichnet – er hat einmal in einem Interview gesagt: „Politisch mag ich China nicht, sie sind Kommunisten. Aber ich muss sagen, unsere Beziehung zu ihnen ist gut, weil sie nichts von uns verlangen. Sie sagen einfach: Lasst uns handeln.“ Und das gefällt Milei, weil er, wie man weiß, von diesen großen argentinischen Großgrundbesitzern und Kapitalisten abhängig ist. Wobei es manchmal nicht ganz fair ist, sie überhaupt Kapitalisten zu nennen – sie sind einfach Großgrundbesitzer. Ich meine, sie sind die Nachfahren der alten Latifundienbesitzer, der Eigentümer der Latifundien, die bis zu den spanischen Kolonisatoren zurückreichen.

Also, sie sind im Grunde die große Vermieterklasse oder die „Compadre-Bourgeoisie“, richtig? Daher wird es schwierig sein, dass die Trump-Regierung sie dazu bringt, gegen ihre eigenen Interessen zu handeln. Ich denke jedoch, dass die USA das letztlich können, weil sie viele dieser Länder militärisch bedrohen können. Letztlich, so glaube ich, werden die USA einige dieser Kapitalisten in Lateinamerika dazu zwingen, gegen ihre eigenen Interessen zu handeln und den Handel mit China

so weit wie möglich zu reduzieren. Es wird nicht so sein, dass der Handel mit China von heute auf morgen eingestellt wird; vielmehr ist es Teil des Konzepts einer strategischen Entkopplung über die Zeit. Aber es wird einige Engpässe geben, auf die wir in diesem Jahr und in den kommenden Jahren achten sollten.

Ich denke, es ist sehr wahrscheinlich, dass ein großes Thema, das wir bald sehen werden, die Diskussion über den Hafen von Chancay sein wird, der in Peru liegt. Also, im Jahr 2023 – ich glaube, es war 2023, kurz bevor Bidens Amtszeit endete, oder vielleicht 2024 – ja, 2024, das war es. China hat den größten Hafen in Lateinamerika eingeweiht, der in Peru an der Pazifikküste liegt und Hafen von Chancay heißt. Er wurde mit viel chinesischer Investition gebaut. Er gehört teilweise Peru, über ein privates Unternehmen – sie haben keine staatlichen Unternehmen – und teilweise dem chinesischen staatlichen Schifffahrtsriesen COSCO.

Und die Trump-Regierung hat bereits einige Anzeichen, einige kleine Hinweise gegeben, dass sie beginnen wird, damit zu drohen. Nun, wir haben bereits gesehen, dass die Trump-Regierung Panama wegen des Panamakanals bedroht hat, weil sie fälschlicherweise behauptete, China würde den Panamakanal betreiben. Das stimmt nicht. Es handelte sich um ein privates Unternehmen aus Hongkong, das kein chinesisches Staatsunternehmen ist und auch nicht vom Festland stammt. Natürlich ist Hongkong Teil Chinas, aber es war ein privates Unternehmen aus Hongkong, das zwei Häfen auf verschiedenen Seiten des Panamakanals betrieb, und sie versuchten, diese Häfen an BlackRock zu verkaufen.

Und Trump hat damit bekanntlich geprahlt, aber er hat bequemerweise nicht erwähnt, dass es BlackRock war, das versucht hat, es zu kaufen. Dieses Geschäft befindet sich immer noch in einer Grauzone – wir wissen nicht, was passieren wird. Aber ich denke, das ist erst der Anfang. Die nationale Sicherheitsstrategie besagt, dass die USA alle strategischen Infrastrukturen in Lateinamerika kontrollieren wollen. Also werden sie sich jetzt alle Häfen in der Region ansehen, in die China investiert hat, und versuchen, diese Regierungen – oder China selbst – dazu zu zwingen, ihre Anteile zu verkaufen, soweit es ihnen möglich ist. Das ist, denke ich, der nächste Schritt. Und dann noch ein kurzer Punkt – du hast den Tausch erwähnt.

Das ist sehr interessant, denn auf dem Höhepunkt der „Belt and Road“-Initiative – also der Neuen Seidenstraße – geht diese technisch gesehen auf das Jahr 2013 zurück. Damals hieß sie noch nicht so; ursprünglich wurde sie „Neue Seidenstraße“ genannt. Dann wurde sie ausgeweitet und entwickelte sich auf natürliche Weise 2015 zur „Belt and Road Initiative“. Der Höhepunkt der BRI-Kreditvergabe lag zwischen 2016 und 2018 – das war die Hochphase. Seitdem hat die Kreditvergabe im Rahmen der BRI zwar weiter stattgefunden, ist aber zurückgegangen. Außerdem hat sich der Schwerpunkt von chinesischen Politikbanken hin zu chinesischen Geschäftsbanken verlagert. Und heute stammen einige der größten Kreditvergaben tatsächlich aus Währungsswap-Vereinbarungen, die Liquidität in Yuan von der Volksbank Chinas an andere Zentralbanken bereitstellen.

Zuvor hatte Argentinien unter Präsident Alberto Fernández eine Art Mitte-links-Regierung, die sehr pro-chinesisch war, weil sie erkannt hatte, dass China ihnen die Möglichkeit bot, mehr strategische Unabhängigkeit von den USA zu gewinnen. Politisch waren sie stark auf China ausgerichtet und versuchten, den BRICS beizutreten. Sie nahmen die Einladung zum Beitritt an und wären Mitglieder geworden, doch als Milei an die Macht kam – Argentinien war auf dem BRICS-Gipfel 2023 in Johannesburg, Südafrika, zum Beitritt eingeladen worden – war der Beitritt für den 1. Januar 2024 vorgesehen. Doch Milei trat sein Amt an und zog Argentinien aus dem BRICS-Bündnis zurück, bevor das Land offiziell Vollmitglied wurde.

Der Punkt ist, dass auch die vorherige Regierung der Belt and Road Initiative beigetreten war. Übrigens – Panama: Marco Rubio reiste auf seiner ersten Auslandsreise als Außenminister nach Panama und zwang das Land, sich aus der BRI zurückzuziehen. Das wird also ein weiterer großer Schritt sein: Die USA werden all diese Länder dazu drängen, sich aus der BRI zurückzuziehen. Honduras ist das nächste Land. Honduras wird sich nicht nur aus der BRI zurückziehen; ich halte es für sehr wahrscheinlich, dass Honduras eines der wenigen Länder sein wird, das tatsächlich die diplomatischen Beziehungen zur Volksrepublik China offiziell abbricht und Taiwan anerkennt – was bisher nur elf Länder getan haben. Diese repräsentieren etwa 0,48 Prozent der Weltbevölkerung. Das ist fast niemand. Aber Honduras wird das unter dem Druck der USA tun.

Nachdem die USA in Honduras einen von ihnen unterstützten Wahlputsch ermöglicht hatten, erwähnten Sie im Fall von Argentinien die Swap-Linie. Diese ist zu einem weiteren politisch umstrittenen Thema geworden. Laut Scott Bessent gab es widersprüchliche öffentliche Aussagen, weil die Trump-Regierung einerseits etwas sagte und sich dann selbst widersprach. Es gab jedoch viele Berichte, dass Bessent, im Rahmen dieses sehr merkwürdigen, unorthodoxen Abkommens, das er mit Argentinien geschlossen hatte, beteiligt war, während die Trump-Regierung offen in die argentinischen Zwischenwahlen eingriff, um der rechten Partei von Javier Milei, die „Freiheit schreitet voran“ heißt, zu helfen. Im Grunde sagte die Trump-Regierung: „Wir werden euch all dieses Geld geben und euch retten, wenn die Menschen für eure Partei stimmen.“

Wenn die Menschen nicht für eure Partei stimmen, werden wir euch wirtschaftlich ersticken. Das nennt die USA also eine freie und faire Wahl – man droht, die Wirtschaft eines Landes zu zerstören, wenn es nicht für den eigenen Marionettenkandidaten stimmt. Und Mileis Partei hat ziemlich gut abgeschnitten. Manche haben übertrieben, wie gut sie abgeschnitten hat. Sie haben keine Mehrheit erreicht, aber sie waren deutlich erfolgreicher, als die meisten erwartet hatten. Die Einmischung der USA war also erfolgreich, und die USA boten diese Kreditlinie über 20 Milliarden Dollar an. Interessant ist jedoch, dass die Finanzierung tatsächlich nicht von der Federal Reserve kam, sondern vom Finanzministerium, was sehr ungewöhnlich ist. Und es gab Berichte, dass Argentinien auf Druck der Trump-Regierung die Swap-Linie mit China kappen musste.

Die Swap-Linie geht tatsächlich auf die vorherige zentristische Regierung von Alberto Fernández zurück. Der Grund, warum sie diese Swap-Linie erhielten, liegt darin, dass der vorletzte Präsident

Argentiniens – also der zweitletzte – ein Rechter war: Mauricio Macri, der sehr proamerikanisch eingestellt war. Er ist kein lebenslanger, aber ein jahrzehntelanger Freund von Trump. Ihre Bekanntschaft reicht viele Jahrzehnte zurück, sie machten gemeinsam Geschäfte, und Macri war ein multimillionenschwerer Oligarch. Er nahm den größten IWF-Kredit der Geschichte auf, und dieser war so korrupt, dass die Trump-Regierung ihn aus politischen Gründen gewährte – um den Peso in Argentinien zu stabilisieren, die Inflation zu senken und in die argentinische Wahl von 2018 einzugreifen, die Macri letztlich verlor.

Aber die Trump-Regierung versuchte, diesen IWF-Kredit zu nutzen, um den Peso zu stabilisieren und gleichzeitig Kapitalflucht zu finanzieren. Das war ein offener Verstoß gegen die Satzung des IWF, die besagt, dass keine Kredite für Kapitalflucht gewährt werden dürfen – genau das ist jedoch geschehen. So korrupt. Dann kam die Mitte-links-Regierung von Alberto Fernández an die Macht, und sie erklärte, dieser Kredit sei illegitim. Zunächst argumentierte der linke Flügel der Regierung – da sie eine Koalition zwischen den zentristischen Peronisten und den linksgerichteten Peronisten gebildet hatten –, dass sie die IWF-Schulden nicht zurückzahlen sollten. Die von Cristina Fernández de Kirchner vertretene Fraktion sagte: „Wir sollten die IWF-Schulden nicht bezahlen. Sie sind illegitim. Wir werden sie nicht bezahlen.“

Aber dann setzten sich die Zentristen durch, und die Kräfte der Peronisten aus der Mitte – ehrlich gesagt, eher der Mitte-Rechts – erhielten die Kontrolle über das Finanzministerium. Und sie sagten: „Ja, Sir“, oder im Fall des IWF: „Ja, Ma’am. Ja, Ma’am, wir tun, was immer Sie wollen, Ma’am.“ Und sie verhandelten die Schulden neu und zahlten weiter, was völlig illegitim war. Der Grund, warum sie diese Swap-Linie aus China erhielten, war interessanterweise im Grunde eine Möglichkeit für China, Argentinien bei der Rückzahlung der IWF-Schulden zu helfen – im Wesentlichen, um Argentiniens Schulden von seiner eigenen Bilanz auf Chinas Bilanz zu verschieben. Das ist interessant. Zuvor waren die Kirchners, die wichtigsten linken Führungsfiguren in Argentinien – Néstor Kirchner und Cristina Fernández de Kirchner – diejenigen, die Anfang der 2000er Jahre, auf dem Höhepunkt des Rohstoffbooms, die IWF-Schulden zurückgezahlt hatten.

Sie beglichen die Schulden beim IWF und weigerten sich, jemals wieder Geld vom IWF zu leihen. Außerdem reduzierten sie Argentiniens Auslandsschulden erheblich. Es war nicht die politische Linke, die für die Verschuldung Argentiniens verantwortlich war – es war die Rechte, also genau das Gegenteil von dem, was die Propaganda in den Konzernmedien behauptet, nämlich dass alle linken Peronisten schreckliche Defizite verursacht hätten. Nun ja, sie hatten inländische Defizite in Pesos, aber sie nahmen keine Fremdwährungsschulden auf – genau das, was alle Rechten, die Neoliberalen, tun. Sie fuhrn fiskalische Defizite. Ich meine, die USA fahren fiskalische Defizite von 6 % des BIP, aber das sind Dollar-Defizite; sie nehmen keine Fremdwährungsschulden auf.

Die Kirchneristen haben die Fremdwährungsschulden deutlich reduziert, und genau deshalb waren sie strikt dagegen, weiteres Geld vom IWF aufzunehmen. Sie hatten das Land in Schulden gefangen, die man nicht einfach durch Gelddrucken begleichen konnte. Die rechten Kräfte hingegen haben enorme, unbezahlbare Schulden aufgenommen – Schulden in US-Dollar, die sie nicht zurückzahlen

können. Argentinien ist inzwischen mit Abstand das am stärksten beim IWF verschuldete Land. Allein Argentinien macht fast ein Drittel aller IWF-Schulden aus. Die argentinische Verschuldung gegenüber dem IWF übersteigt 1.000 % seiner Quote. Das ist einfach nur korrupt. Es zeigt, dass der IWF ein Instrument der US-Außenpolitik ist. Wie auch immer, ich weiß, das ist eine lange Antwort, und ich hatte versprochen, mich kurz zu fassen, aber ich habe mich wohl wieder einmal in meinen Ausführungen verloren.

Aber der Grund, warum ich das alles erwähne, ist, dass diese Swap-Linien inzwischen zu einer Art neues geopolitisches – nun ja, zu einem neuen geopolitischen Thema geworden sind, oder? Die USA versuchen jetzt, Länder dazu zu drängen, ihre Swap-Linien mit China zu beenden, die im Grunde ein Mittel für China waren, diesen Ländern bei der Begleichung ihrer Schulden zu helfen und diese Schulden – in Dollar denominateden Schulden – gegen Yuan-Swap-Linien einzutauschen. Im Wesentlichen ist das ein Weg für China, diese Schulden aus den Bilanzen der anderen Länder zu nehmen und auf die eigene Bilanz zu übertragen, was einer Art Schuldenerlass gleichkommt. Und offensichtlich ist das auch ein Instrument der Soft Power. China sagt: „Okay, wir helfen euch, eure Schulden zu bezahlen oder sie zumindest umzutauschen.“

Und im Gegenzug, weißt du, wirst du politisch unterstützend sein – du wirst uns bei den Vereinten Nationen unterstützen, der Belt and Road Initiative beitreten, unsere Projekte zur globalen Governance fördern, all das. Es ist ein Weg für China, mehr politische Verbündete zu gewinnen und Soft Power aufzubauen. Jetzt politisiert die Trump-Regierung das Ganze. Ich meine, sie sind politisch – das wissen wir alle – aber jetzt politisieren sie diese Swap-Linien ganz ausdrücklich. Es gibt mehr als 30 Länder des Globalen Südens, die Swap-Linien mit China haben, daher denke ich, dass dies zu einem weiteren großen Thema wird. Sie setzen bereits Argentinien unter Druck, seine Swap-Linie mit China zu beenden, und ich glaube, sie werden auch viele andere Länder ins Visier nehmen.

#Mudiar

Wir belassen es dabei, Ben. Das war wie immer ein faszinierendes Gespräch. Vielen Dank für Ihre Zeit.

#Ben

Ja, danke, dass ich dabei sein durfte. Und noch einmal, ich weiß, du hattest noch mehr Fragen, aber entschuldige – ich habe leider die unangenehme Angewohnheit, einfach zu schwafeln. Aber ich hoffe, dass die Leute mit all den Informationen und Details zumindest etwas aus dieser Analyse mitnehmen können. Danke, dass ich dabei sein durfte; es ist immer ein Vergnügen.

#Mudiar

Absolut. Ich erinnere mich an dieses großartige Buch mit dem Titel „Die Gabe“ des Anthropologen Marcel Mauss, in dem er sagt, dass eine Gabe eine Verpflichtung darstellt, die diese wirtschaftlichen

Kreisläufe in traditionellen Ökonomien am Laufen hält. Wenn also etwas Neues auftaucht, ist das nicht unbedingt schlecht. Natürlich spreche ich nicht von Schulden, bei denen Zinszahlungen Bauern oder Länder ruinieren würden. Aber wenn wieder Fragen anstehen, wird es eine weitere Gelegenheit für Podcaster wie mich geben, Ihnen eine neue Einladung zu schicken und zu sagen: „Oh, ich hatte noch mehr Fragen, und ich denke, es wäre ein interessantes Gespräch, um daran anzuknüpfen.“ Und so hätten wir wieder eine weitere Gelegenheit – oder Ausrede – für ein großartiges Gespräch.

#Ben

Ja, also, letzter Kommentar – und ich verspreche, das wird wirklich kurz. Leider gibt es viel zu besprechen, besonders in Bezug auf Lateinamerika. Denn wenn heute jemand aus dieser Diskussion eine zentrale Erkenntnis mitnimmt, dann ist es, dass China auf kurze bis mittlere Sicht – und ich meine auch auf mittlere bis lange Sicht – weiterhin das Hauptziel des US-Imperiums bleibt. Aber auf kurze bis mittlere Sicht, unter dieser Trump-Regierung und wahrscheinlich auch unter zukünftigen, wird Lateinamerika ein zentrales Ziel des US-Imperialismus sein. Deshalb holen sie die alte koloniale Monroe-Doktrin wieder hervor. In der nationalen Sicherheitsstrategie heißt es, dass sie alle strategischen Engpässe, Infrastrukturen und natürlichen Ressourcen in der Region kontrollieren wollen und die Verbindungen der Region zu China und anderen ausländischen Mächten kappen möchten. Leider denke ich daher, dass wir in dieser Region viel sehr aggressive US-Einmischung sehen werden. Deshalb bin ich froh, dass wir heute darüber sprechen konnten – denn es wird viel zu wenig darüber gesprochen.

#Mudiar

Danke nochmals. Wir belassen es dabei.

#Ayushman

Hallo, mein Name ist Ayushman. Gemeinsam mit Mudiar Jyotishman habe ich diese Plattform gegründet. In den letzten zwei Jahren haben wir versucht, Inhalte für die Linke und progressive Kräfte aufzubauen. Bisher haben wir Ökonomen, Historiker, politische Kommentatoren und Aktivisten interviewt. Wenn dir unsere Inhalte gefallen und du möchtest, dass wir ein Archiv für die Linke aufbauen, habe ich zwei Bitten an dich. Bitte erwäge, für die Sache zu spenden – der Link befindet sich in der Beschreibung unten. Und wenn du das nicht kannst, fühl dich nicht schlecht. Du kannst unsere Videos jederzeit liken und mit deinen Genossinnen und Genossen teilen. Vergiss schließlich nicht, den Abonnieren-Button zu drücken.